

## Arbeitsgemeinschaft SPD 60plus



Zwar beflügelte die gewonnene Bundestagswahl und die Führung der Bundesregierung durch die SPD und Olaf Scholz als Bundeskanzler die Stimmung, aber zugleich behinderten weiterhin coronabedingte Einschränkungen und Vorsichtsmaßnahmen die zuvor gewohnten Aktivitäten. So musste die Landeskongress mit Neuwahlen bis zum 30. April verschoben werden, da erst dann eine Veranstaltung in Präsenz im Regine-Hildebrandt-Haus möglich war.

Für die zwei Jahre ohne große Wahlkämpfe hatte sich der Landesvorstand der AG 60plus vorgenommen, die Grundsatzarbeit zu intensivieren und die Stärkung der Organisation in der Fläche voranzutreiben. Der Schwerpunkt liegt dabei weiterhin auf sozialen Themen wie Rente, Pflege/Gesundheit und Altersarmut. Besonders auch, weil der Koalitionsvertrag der Ampel deutlich hinter unseren Vorstellungen vor der Wahl zurückbleibt. Daneben spielen auch Umwelt und Klima sowie Bildungspolitik eine wachsende Rolle. Außerdem erfordern zunehmende Demonstrationen der Corona-Leugner eine Antwort.

Um die schon erwähnten sozialen Themen ging es vorrangig auch in Gesprächen mit dem Arbeitskreis 3 der Landtagsfraktion der SPD.

Allerdings ist die Palette breiter, denn es kommen noch bezahlbares Wohnen im Alter, Barrierefreiheit und die Auswirkungen der Digitalisierung dazu. Ähnliche Fragen, wie sie auch beim Besuch des Landesseniorenbeauftragten



Norman Asmus im Landesvorstand 60plus gestellt wurden, als er über Strategie und Arbeitsschwerpunkte im Jahr 2022 sprach.

Nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 und damit dem Zusammenbruch des kooperativen Sicherheitssystems in Europa sind Änderungen in vielen Bereichen des politischen und täglichen Lebens absehbar. Wie es jetzt voraussichtlich weitergehen wird, darüber sprach Olaf Scholz in seinem Grußwort als Bundeskanzler und in Potsdam direkt gewählter Bundestagsabgeordneter bei der Landeskongress der AG SPD 60plus Ende April. Auf den Vertragsbruch Russlands müsse es eine eindeutige internationale Antwort geben. Trotz aller Bemühungen werde die Regierung nicht alle zusätzlichen Belastungen, die sich aus den enormen Steigerungen der Energiepreise und den Sanktionen wie dem geplanten Ausstieg aus russischem Gas und Öl ergeben werden, finanziell abfedern können. Damit trat der Ausblick des Generalsekretärs David Kolesnyk auf das Superwahljahr 2024 etwas in den Hintergrund.

Der neu gewählte Landesvorstand aber hat die bevorstehenden Wahlen fest im Blick und

erarbeitete in zwei Workshops sein Programm für die nächsten zwei Jahre. Vertreter und Vertreterinnen von 60plus wirken weiterhin auf allen Ebenen aktiv mit, vom Ortsverein über den Unterbezirk und die Landesebene bis in den Bundesvorstand 60plus, dem ein Mitglied aus Brandenburg weiterhin angehört. Sie erarbeiteten wichtige Anträge, die fast ausnahmslos angenommen oder an die Zuständigen überwiesen wurden.

Inhaltlich waren zwei größere Veranstaltungen zu verschiedenen Aspekten



der Teilhabe älterer Menschen und zur Pflege vorgesehen. Erstere ließ sich mangels Referenten zu dem vorgesehenen Termin nicht realisieren, die zweite wird im Oktober 2023 in Bernau stattfinden. Zweimal im Jahr soll es Gespräche mit Unterbezirksvorständen zu programmatischen Fragen geben. 2023 fand bereits ein solches Treffen mit Vertreter\*innen des SPD-Unterbezirks Oberhavel statt, ein weiteres mit dem Vorstand des Unterbezirks Barnim folgt im Oktober. Zu den monatlichen Landesvorstandssitzungen wurden mehrfach Expert\*innen eingeladen, mit denen zum Beispiel Rechtsextremismus/Antisemitismus oder die aktuellen Herausforderungen der Sozialpolitik erörtert wurden. Außerdem führte der Landesvorstand ein Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern des Juso-Landesvorstandes, um Schnittmengen der politischen Arbeit zu bestimmen und mögliche gemeinsame Vorhaben ins Auge zu fassen. Die Bildungspolitik und der Kampf gegen Rechts stellten sich dabei als Schwerpunkte heraus. In der Folge hat die SPD



60plus ein Papier zur Bildungspolitik erarbeitet, dass die Positionen der Arbeitsgemeinschaft für Bildung unterstützt, und es an Partei, Fraktion und Bildungsministerium verschickt. Im Mobilitätsgesetz hat der Landesvorstand 60plus Defizite im Hinblick auf Belange und Bedürfnisse der älteren Generation festgestellt, die nun in einem Papier an die zuständigen Politiker\*innen moniert werden sollen, da ein Antrag dazu auf dem Landesparteitag zu spät kommen würde.

Mangelnde Berücksichtigung der Bedarfe älterer Menschen bei der Digitalisierung und fortbestehende Defizite bei der Barrierefreiheit sind Dauerthemen für SPD 60plus. Manchmal trifft beides zusammen, keine analoge Möglichkeit an sein Geld zu kommen und dann der Geldautomat nur über Stufen zu erreichen. Oder wie in der modernsten Filiale einer Sparkasse über einen Aufzug, der nur von Personal bedient werden darf, also begrenzt auf die Öffnungszeiten. Es gibt nun einmal ältere Menschen, die nicht einfach auf Onlinebanking umstellen können oder wollen. Diese Minderheit von 7 Millionen



„Offlinern“ wird sich wohl im Laufe der Jahre verringern, aber nicht vollständig verschwinden, denn es gibt Menschen, die mit der Digitalisierung auch nach Schulung nicht zurechtkommen, und ein Recht auf analoges Leben gibt es auch. 60plus fordert deshalb zusätzliche Bankbusse, die im ländlichen Raum mindestens einmal pro Woche verkehren, damit älteren Kund\*innen und solchen mit Einschränkungen die Möglichkeit gegeben wird, ihre Anliegen im direkten Gespräch zu klären.

Der Stärkung der Organisation in der Fläche gilt weiterhin die Aufmerksamkeit des Landesvorstandes. Monatliche Informationsstände sind ein Mittel, die Präsenz der AG 60plus zu unterstreichen und um Mitglieder zu werben. Zuletzt waren wir Ende Juni in Neuruppin. Im September werden wir einen Info-Stand, die Neugründung einer AG und eine öffentliche Veranstaltung von 60plus in Königs

Wusterhausen verbinden. Wir freuen uns, damit einen sichtbaren Erfolg zu verzeichnen. Neben der Ausweitung eigener Strukturen ist die Kooperation mit 60plus anderer Landesverbände ebenfalls wichtig. Am engsten ist diese Zusammenarbeit mit Berlin, wo immer ein Mitglied des jeweils anderen Landesvorstands 60plus an den Sitzungen teilnimmt. Dazu gehört auch die gegenseitige personelle Unterstützung bei Info-Ständen und in Wahlkämpfen.

Zweimal im Jahr trifft sich zurzeit die AG „Ost“ der sechs ostdeutschen Landesverbände 60plus.

Dem Treffen in Berlin im Februar folgte jetzt die Sitzung im August in Potsdam. Es geht darum, gemeinsame Positionen zu finden, die die besonderen ostdeutschen Belange widerspiegeln. Dabei geht es immer noch um Fragen der „Rentengerechtigkeit“, aber auch um die Würdigung des Ehrenamtes, um eine Sozialkomponente des Deutschlandtickets, das auch 60plus Brandenburg befürwortet, und um die unterschiedliche Bewertung des Krieges in der Ukraine. Vorrangig ist aber bei allen die Frage nach einer Strategie gegen die weitere Ausbreitung des rechtsextremistischen Gedankenguts besonders in den östlichen Landesteilen.

Der Landesvorstand SPD 60plus hofft, dass er mit seinen Bemühungen zu einem möglichst guten Ergebnis der Wahlen 2024 beitragen kann, um die weitere politische Führung durch die SPD in Brandenburg zu ermöglichen.

*Der Vorstand der  
AG SPD 60plus Brandenburg  
Alleestraße 9  
14469 Potsdam  
ag60plus@spd-brandenburg.de*